

Keine Grenze für Toplöhne bei der ZKB

Lohn Mehr verdienen als eine Bundesrätin? Das Zürcher Kantonsparlament lehnt eine Lohn-Obergrenze für ZKB, Unispital und Elektrizitätswerke ab. Dabei ärgern sich alle über «übertrennte Managerlöhne».

Kevin Brühlmann

Stefan Feldmann und Markus Späth-Walter sind keine linken Polterier. Eher von der Sorte Sozialdemokraten, die den 1. August zufrieden mit einem Cervelat in der Hand feiern. Aber am Montag im Kantonsrat ärgern sie sich. Und sie ärgern sich laut.

Zunächst, am Morgen, räuspert sich Stefan Feldmann, Buchhändler aus Uster. Er hat die Zürcher Regierung aufgefordert, eine Liste zusammenzustellen. Darauf sollten die Spitzenlöhne der Zürcher Staatsbetriebe verzeichnet werden, von den Elektrizitätswerken über das Unispital bis zur Kantonbank. «Dahinter steckt nur ein Ziel, nämlich Transparenz», erklärt Stefan Feldmann.

Ausgerechnet die Zürcher Kantonbank, wo die höchsten Löhne bezahlt werden, verzichtet auf Transparenz. Sie schweigt

zur Frage, wie viele Angestellte über 430 000 Franken verdienen (dies entspricht dem Jahreslohn einer Regierungsrätin). In einem Schreiben beruft sich die Staatsbank auf den Datenschutz, die «Geheimhaltung ihres Geschäftsgeheimnisses» und ihre Konkurrenz. Und sie macht klar: «Als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt steht unsere Bank ausserhalb der Zentralverwaltung und verfügt über eine weitreichende Autonomie.»

«Eine Frechheit»

«Inhalt und Tonalität des Schreibens sind eine Frechheit», kritisiert Stefan Feldmann. «Es klingt wie: «Was erlaubt ihr euch überhaupt, solche Fragen zu stellen?» Da hat sich die Bank verrannt. Dabei ist sie die Bank des Zürcher Volkes.» Was Feldmann damit meinte: Die ZKB befindet sich vollständig im Besitz des Kantons, und bei einer allfälligen

Pleite haftet die Öffentlichkeit mit Steuergeld.

Im Jahresbericht von 2018 steht immerhin, wie viel die acht Männer der ZKB-Geschäftsleitung verdienen: 13,8 Millionen Franken, also 1,73 Millionen im Durchschnitt. Am meisten erhielt Bankdirektor Martin Scholl mit 2,2 Millionen. Im Vergleich zu UBS und Credit Suisse wirkt dieser Lohn klein. Doch bei der leicht grösseren Raiffeisenbank verdient der Direktor höchstens 1,5 Millionen Franken. Und bei der etwas kleineren Postfinance 830 000 Franken.

Ansonsten geben sich die Staatsbetriebe zur Freude von Stefan Feldmann sehr offen. Bei den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich zum Beispiel verdient die fünfköpfige Geschäftsleitung im Durchschnitt 392 000 Franken pro Jahr. Eine Person erhält dabei mehr als 430 000 Franken.

Vor allem zeigt die Liste hohe Saläre bei öffentlichen Spitalern. Elf Chefärztinnen am Kantonsspital Winterthur kommen auf mindestens 430 000 Franken Lohn, eine sogar auf über eine Million. Und am Unispital Zürich verdienen 44 Kaderärzte mehr als 430 000 Franken, 7 erhalten über eine Million. Grund dafür sind vor allem Extrasaläre und Boni: Mit der Behandlung von Zusatzversicherten können Kaderärzte ihren Lohn massiv aufstocken (TA von gestern).

«Weniger gierige Leute»

Was passiert nun mit den Informationen über die Toplöhne? Hier setzt Markus Späth-Walters Ärger ein. Der pensionierte Gymnasiallehrer aus Feuerthalen will die Löhne der Staatsbetriebe auf maximal eine Million Franken beschränken.

«Eine Million entspricht fast dem dreifachen Lohn eines Re-

gierungsrats und dem doppelten eines Bundesrats», sagt Späth-Walter. «Wir sind gut beraten, in diesem Selbstbedienungsladen nicht mitzumachen. Da begnügen wir uns lieber mit weniger gierigen und korrumpierten Leuten, die dafür motiviert sind.»

Darauf wird sein Ärger grösser: Das Parlament verfällt in ein Mantra. Praktisch alle Kantonsrätinnen und Kantonsräte stimmen dem SP-Politiker zu. Und lehnen seinen Vorschlag dennoch ab.

Was soll ich mit Millionen?

So sagt Tobias Weidmann, Unternehmer und SVP-Vertreter aus Hettlingen: «Mich stören masslose Managerlöhne auch. In Anbetracht eines Medianlohns von 7000 Franken in Zürich ist das für die Bevölkerung nicht nachvollziehbar. Allerdings – und hier kommt das Aber – setzt die 1-Millionen-Grenze einen falschen Anreiz. Es entstünde eine

Sogwirkung. Die Löhne würden steigen.»

Und Apotheker Lorenz Schmid von der CVP Männedorf sagt: «Ich weiss beim besten Willen nicht, was man mit einem Lohn von über einer Million anstellen soll. Solche Saläre sind wirtschaftsfeindlich. Aber eine allgemeine Begrenzung bringt nichts. Bescheidenheit ist das Stichwort. Wir müssen die Aufsichtsrate kontrollieren.»

«Seis drum», sagt Markus Späth-Walter am Ende des Tages; die Obergrenze ist mit 104 zu 58 Stimmen abgelehnt. Nur SP, AL und Grüne waren dafür. «Mit exakt diesem Resultat habe ich gerechnet. Es ging mir auch um eine politische Profilierung.»

Was ihn freuen dürfte: Bald behandelt das Parlament einen Vorstoss von CVP, SP und GLP. Er verlangt, die Zusatzverdienste von Chefärzten einzuschränken. Die Chancen stehen gut.

Gesehen & gebärdet

Sie dürfen als Einzige im Ratsaal applaudieren

Es war eine aussergewöhnliche Kantonsratsitzung gestern: Zum ersten Mal wurde eine Ratsdebatte simultan in Gebärdensprache übersetzt.

Ist Ihnen aufgefallen, liebe Lesende, dass diese Kolumne heute nicht den üblichen Titel, «gesehen & gehört» trägt? Das hat einen Grund: Gestern sasssen gehörlose Gäste auf der Tribüne im Kantonsrat. Wenn sie kommunizieren, dann reden sie nicht, sie gebärden.

Der Anlass für den Besuch: Der Kantonsrat debattierte über ein Postulat von **Silvia Rigoni** (Grüne), **Michèle Dünki** (SP) und **Walter Meier** (EVP). Die drei wollen wissen, wie der Regierungsrat Informationen wie die Abstimmungszeitung in Gebärdensprache zu übersetzen gedenkt. Die gestrige Debatte machte einen Anfang: Dolmetscherin **Monica Schwarz** übersetzte simultan in Gebärdensprache.

Aussenstehende dächten oft, Gehörlose könnten ja lesen, sagt Rigoni: «Aber für sie ist Deutsch eine Fremdsprache.» So lautet der Satz «Die Katze springt auf den Tisch» in der Gebärdensprache «Tisch Katze springen». Der Sinn ergibt sich im Kontext mit Mimik und Körperhaltung. Das wussten auch die Initianten nicht – bis sie Betroffene an eine Sitzung einluden. Was sie dort erfahren hat, hat Dünki beeindruckt: «Ich habe extrem viel gelernt.»

Den Vorstoss angeregt hat **Andreas Janner**. Er hat als Geschäftsführer des Verbands «Sichtbar Gehörlose Zürich» immer wieder Anfragen von Mitgliedern, die Abstimmungsinfos nicht verstehen: «Ich versuche dann, möglichst neutral zu erklären, aber es ist mühsam.» Nun erhoffen sich Janner und seine Mitstreiter auf der Tribüne, dass es vorwärtsgeht mit dem Versprechen des Regierungsrats, die politischen



Monica Schwarz übersetzt die Voten im Kantonsrat für die Gehörlosen auf der Tribüne. Foto: Andrea Zahler

Informationen barrierefrei, wie es so schön heisst, zu gestalten.

Gegen das Postulat sprach sich nur die SVP aus. Es werde genug getan, fand **Erika Zahler**. Doch war die Fraktion nicht geschlossen. Gegen Ende der Debatte meldete sich **Christian**

Mettler – als Betroffener. Er wurde vor Jahren Opfer eines bewaffneten Raubüberfalls, erhielt mit einer Pistole einen Schlag gegen den Hinterkopf und verlor 70 Prozent seiner Hörfähigkeit. Eigentlich habe er schweigend den Enthaltensknopf drücken wollen, sagte er

später: «Aber es hat mich gedrängt, mich zu erklären.» Und siehe da, neun Kollegen enthielten sich auch. Warum sagte Mettler nicht Ja? «Aus Respekt vor der Fraktion.» Die Gebärdensprache kann Mettler nicht, er trägt ein Hörgerät, das er mit dem Lautsprecher-

System im Rathaus verbinden kann: «Ich höre die Debatten besser als alle anderen.»

Alle anderen Fraktionen stimmten dem Postulat zu, was dem Publikum viel Gelegenheit für Applaus gab. Eigentlich ist Klatschen auf der Tribüne nicht erlaubt. Gehörlose applaudieren lautlos, indem sie die Hände in die Höhe halten und schütteln. Gestern trugen sie weisse Handschuhe. «Unsere Behinderung sieht man nicht», sagte Janner, «heute wollten wir sichtbar sein.»

Präsenter als bisher sind im Rathaus die Frauen. Mit dem Eintritt der Grünen **Wilma Willi** und **Nora Bussmann Bolaños** und der Freisinnigen **Corinne Hoss-Blatter** sind neu 73 von 180 Sitzen in weiblicher Hand, so viele wie noch nie. Damit ist der Frauenanteil höher als in jedem anderen Kantonsparlament. «Super» finden das die drei Neuen. Wie es anders sein kann, hat Bussmann 1995 im Schwyzer Kantonsrat erlebt: «Da waren nur zehn Prozent Frauen – ich war ein bunter Vogel.»

Der Frauenanteil von SVP und EVP ist indes ausbaufähig. Bei der SVP sind 10 von 48 Personen weiblich, bei der EVP 1 von 7. EVP-Fraktionschef **Markus Schaaf** sagt, an ihm liege es nicht: «Aber es ist schwer, Frauen zu einer Kandidatur zu bewegen.» SVP-Parteichef **Benjamin Fischer** verpflichtet ihm bei: «Männer sagen einfach mal zu und gucken dann, ob sie es können – Frauen zweifeln und sagen lieber mal ab.» Künftig soll die Zürcher SVP eine Vizepräsidentin bekommen. Wer es ist, verrät Fischer nicht.

Liliane Minor

Im Kantonsrat

Chancen und Risiken der Digitalisierung

Strategie Die Regierung soll eine Digitalstrategie für den ganzen Kanton erarbeiten, die sämtliche Ämter und Tätigkeiten der Exekutive umfasst. Dies verlangte die GLP in einem Postulat. «Die rasante Entwicklung im Bereich der Digitalisierung überrollt uns, wenn wir hier nicht aktiv mitgestalten», sagte Christa Stünzi (Horgen). Bisher gebe es erst einzelne Massnahmen ohne echte Durchschlagskraft. Mit 93 zu 73 Stimmen wurde das Anliegen unterstützt – gegen den Willen von SVP, Grünen, CVP und EDU. Regierungspräsidentin Carmen Walker Späh (FDP) nahm die Aufgabe gerne an und zitierte dabei Steve Jobs: «Entweder wir lernen auf dieser Welle zu surfen, oder wir gehen in dieser Welle unter.» Der Regierungsrat hat nun zwei Jahre Zeit, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. (net)

Diskussionen ums Neeracherried

Strassenverlegung Eine lange Leidensgeschichte näherte sich möglicherweise einem versöhnlichen Ende, verkündete Andrew Kattumba (SP, Zürich) als Präsident der Kommission für Planung und Bau (KPB). Es ging um die Verlegung der Strassen, welche das Neeracherried zerschneiden. Sie sollen an den Rand des Moors verlegt werden. Das war bereits 2007 im Richtplan so vorgesehen, scheiterte aber am Widerstand der betroffenen Gemeinden Hori, Neerach und Niederglatt. Ein Postulat der KPB beharrte auf einer Verlegung der Strasse. So soll es nun kommen – in Anlehnung an die ursprüngliche Variante. Allerdings sollen sich bei der Ausarbeitung des konkreten Projekts die Gemeinden sowie Umweltorganisationen wie Birdlife einbringen können. Carmen Walker Späh versicherte, dass das Projekt mit Herzblut vorangetrieben werde. Knackpunkte sind u.a. der Lärm und die Beanspruchung von Fruchtfolgeflächen. Das Postulat wurde abgeschrieben. (net)